



Frank Herrmann Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Mitglied des Innenausschusses
Mitglied des Ausschuss für Kommunalpolitik

Landtag NRW • Frank Herrmann, MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herrn
Vorsitzenden des Innenausschusses
Daniel Sieveke MdL

Postfach 10 11 43
D-40002 Düsseldorf
Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

- im Hause -

Telefon: +49 (0) 211 884-4606
Fax: +49 (0) 211 884-3701
E-Mail: frank.herrmann@
landtag.nrw.de

Geschäftszeichen

nachrichtlich: Herrn Norbert Krause,
Ausschussassistent

Düsseldorf, 10.11.14

Beantragung zweier Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Innenausschusses am 20. November 2014

Sehr geehrter Herr Sieveke,

im Namen der Fraktion der PIRATEN beantrage ich für die o.g. Sitzung folgende Tagesordnungspunkte:

1. Vereinsgründung von LEAP abgesagt: Hat der Maulkorbminister schon wieder zugeschlagen?

Aus der Berichterstattung vom 21. Oktober 2014 des Kölner Stadtanzeigers, der Westfälischen Nachrichten und der Recklinghäuser Zeitung sowie vom 22. Oktober 2014 der TAZ geht hervor, dass die Gründung des Vereins LEAP („Law Enforcement against Prohibition“ bzw. „Gesetzeshüter gegen Prohibition“) auf Einwirken des Innenministeriums NRW vorerst abgesagt wurde.

Das Vereinsziel von LEAP ist laut Satzung unter anderem, sich gegen die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten einzusetzen. Internationale Gesetzeshüter wie Polizisten, Staatsanwälte und Richter wollten sich am 22. Oktober 2014 zu LEAP zusammenschließen und den Gründungsakt vollziehen. Sowohl die Vereinsgründung, als auch das angesetzte Pressegespräch musste allerdings kurzfristig - am 20. Oktober 2014 – abgesagt werden. Vor diesem Hintergrund drängt sich der Verdacht auf, dass es sich bei der Absage der Gründung des Vereins um eine politische Einflussnahme des Innenministeriums NRW handelt.

Der Polizeipräsident aus Münster hätte ein Vorstandsamt des Vereins LEAP ausüben sollen. In der medialen Berichterstattung wird kolportiert, dass das Innenministerium NRW seinem polizeilichen Beamten aus dienstrechtlichen Gründen die Übernahme eines Ehrenamtes im Verein LEAP untersagt haben soll. Das Innenministerium NRW ist laut eigenen Angaben nicht an dem Vorgang beteiligt. Allerdings äußer-

te sich ein Ministeriumssprecher zu diesem Vorgang und gab bekannt, dass die Vereinsgründung aus organisatorischen Gründen abgesagt wurde.

Aussagen der anderen vorgesehenen Gründungsmitglieder widersprechen der Feststellung des Innenministeriums. Laut Darstellung eines Bundestagsabgeordneten und vorgesehenem Gründungsmitgliedes habe es bei der Vorbereitung und Durchführung der Vereinsgründung keinerlei organisatorische Probleme gegeben. Im Gegenteil: der Gründung sei optimistisch entgegengesehen worden. Darüber hinaus wurde an die Gründungsmitglieder herangetragen, dass der Polizeipräsident aus dienstrechtlichen Gründen kein Ehrenamt übernehmen könne.

Die Vereinsgründung wurde sodann auf Mai 2015 verschoben. Laut Berichterstattung fällt dieses Datum mit dem Pensionsbeginn des Münsteraner Polizeipräsidenten zusammen.

Der Verdacht, dass Innenminister Jäger die Teilnahme des Münsteraner Polizeipräsidenten verhinderte und ihm einen Maulkorb erteilte, kommt nicht von ungefähr. So geriet der Minister bereits in ebensolche Kritik, als im Kontext des UEFA Champions League Spiels des FC Schalke 04 gegen PAOK Saloniki im September 2013 die Vereinbarung zwischen Verein und Innenministerium getroffen wurde, nach der Kritik an Polizeieinsätzen nur noch nicht-öffentlich diskutiert werden darf. Auch Minister Jägers Umgang mit Dortmunds Ordnungsdezernentin, die im September 2014 den Zustand der Flüchtlingsaufnahme öffentlich kritisierte und dafür im Innenausschuss von ihm hart attackiert wurde, zeigt Parallelen. Das Innenministerium wird gebeten in einem ausführlichen schriftlichen Bericht für Aufklärung zu sorgen und den Verdacht der politischen Einflussnahme auf das zivilgesellschaftliche Engagement seiner Beamten im Rahmen von rechtskonformen Organisationen zu entkräften.

2. Razzia in der Kölner Notunterkunft für Flüchtlinge in der Herkulesstraße

Am Donnerstag, dem 6.11.2014, fand in der seit drei Jahren betriebenen Notunterkunft für fast 700 Flüchtlinge, davon 300 Kinder und Jugendliche, in der Herkulesstraße in Köln-Ehrenfeld um ca. sieben Uhr morgens eine Razzia durch mehrere Hundertschaften der Polizei statt. Der Einsatz zog scharfe Kritik des Flüchtlingsrates in Köln, des Landesintegrationsrates sowie verschiedener Fraktionen des Kölner Stadtrates nach sich. Das massive Auftreten und die sehr hohe Anzahl an hochausgerüsteten Polizeibeamten halten Kritiker für mehr als unverhältnismäßig – vor allem, weil Presseberichten zufolge lediglich ein entwendetes Handy und eine geringe Menge Cannabis gefunden wurden. Selbst die Bild-Zeitung schreibt: "Peinlich-Razzia im Asylantenheim".

Etwa zeitgleich appellierte der Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters an die Bezirksregierung Arnsberg und an die Landesregierung, dass es keine weiteren Zuweisungen von Flüchtlingen nach Köln geben solle.

Wir bitten daher um einen ausführlichen und schriftlichen Bericht über die Polizeirazzia am 6. November in Köln und um die Beantwortung folgender Fragen: Warum war in der Flüchtlingsnotunterkunft in Köln ein solch massiver Polizeieinsatz nötig? Gab es keine mildereren Mittel als eine Großrazzia mit mehreren Einsatzhundertschaften?

Wurden die aufgeschreckten Menschen nach dem Einsatz über die Gründe für den Einsatz aufgeklärt? Gab es Ansprache und psychologische Versorgung? Sind der Landesregierung Probleme aus der Unterkunft Herkulesstraße bekannt, die durch die Unterbringungssituation der zurzeit ca. 670 Menschen in Containern und einem alten Bürogebäude verursacht sein könnten? Werden die Zuweisungen nach Köln – entsprechend der Bitte von OB Roters – für einen bestimmten Zeitraum ausgesetzt, und wenn ja, für wie lange, und wie wirkt sich dies auf andere Kommunen aus?

Mit freundlichen Grüßen

Frank Herrmann MdL